

Volks- und Anzeigebblatt

Erscheint
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.
Abonnementspreis:
vierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg. durch die Post bezogen
1 Mt. 15 Pfg.

mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.

Einrückungsgebühr:
die einspaltige Zeile oder deren
Raum 6 Pfennig.
Anzeigen die Montag, Mittwoch
und Freitag bis Vormittags 10
Uhr eintreffen, finden Ausnahme.

Neununddreißigster Jahrgang.

1887.

Nro. 20.

Winnenden, Dienstag den 15. Februar

Verkauf von Abfallholz.



Nächsten Donnerstag, den 17. Februar
wird das Schneedruckholz der in eigener Ver-
waltung stehenden städt. Baumgütern auf dem Plage
im Aufstreich verkauft.

Die Zusammenkunft ist nachmittags 2 Uhr an
der alten Hobreuschstraße, wozu die Liebhaber einge-
laden werden.

Winnenden, den 14. Februar 1887. Stadtschultheißenamt
J e n t.

Winnenden.

Holz-Verkauf.

Am nächsten Freitag, den 18. ds. Mts. werden aus dem
Stadtwald Schenkenberg verkauft:



- 37 Stüd Verbstangen,
- 4 " Nadelholzstämmen von 8--10 Meter Länge,
- 8 Nm. buchene Prügel,
- 5 Nm. eichenes Anbruchholz,
- 326 Nm. Nadelholz-Prügel.

Zusammenkunft Morgens 9 Uhr bei der Saatschule.

Den 12. Februar 1887. Stadtschultheißenamt
J e n t.

Winnenthal,

K. Heil- und Pfleg-Anstalt. Lieferung von Brennholz.



Unser Bedarf an Brennholz:

- 40 Nm. buchene Scheiter,
- 40 Nm. " Prügel,
- 40 Nm. tannene Scheiter und
- 40 Nm. " Prügel

wird im Submissionswege angeschafft. Die Lieferungsbedingungen sind in unserer
Kanzlei zur Einsicht aufgelegt und bitten wir, Angebote auf die ganze oder
teilweise Lieferung

bis 22. dieses Monats,
Abends 6 Uhr

uns zu übergeben.

Den 11. Februar 1887.

K. Oekonomie-Verwaltung.
Auch.

Revier Reichenberg.

Brennholz-Verkauf.



Am Samstag, den 19. Februar,
Vormittags 10 Uhr im Bad in Nietenu
aus Kohllinge oberhalb Nietenu: Nm.:
2 eichene, 13 birkene Prügel, 37 buchene Scheiter,
267 dto. Prügel und Klobholz, 17 Anbruch,
Wellen: 10 eichene, 5510 buchene, 150 birkene,
110 erlene, 20 aspene und Schlagraum.

Reichstags-Wahl.

Herr Landrichter Beiel wird sich
nächsten Mittwoch, den 16. Februar,
nachmittags 4 Uhr in der „Krone“ in Oppelsbohm,
abends 7 Uhr in der „Krone“ in
Winnenden

den Wählern vorstellen.

Das Beielsche Wahlkomité.

Leutenbach.

Holz-Verkauf.



Am nächsten Samstag, den 19. ds.

Mts., mittags 12 Uhr werden im hiesigen
Gemeindewald 11 eichene Stämme 5--9 Meter
lang und 41--97 Centimeter Durchmesser, zu-
13,92 Nm., 121 Nm. eichene und buchene
Scheiter und Prügel und 3475 eichene und

buchene Wellen gegen baare Bezahlung auf dem Platz im Schlag an der Straße
beim Stödenhof verkauft. Abfuhr ganz gut.

Den 14. Februar 1887.

Gemeinderat:

Vorstand M u n z.

Weiler z. Stein,
Oberamts Marbach.

Die hiesige

Winterschafwaide,

welche von der Ernte bis 15. März dauert und mit 300 Stk.
Schafen beschlagen werden kann, kommt am



Montag, den 28. Februar d. J.,

Nachmittags 1 Uhr

auf weitere 3 Jahre auf hiesigem Rathaus im
öffentlichen Aufstreich zur Verpachtung, wozu Liebhaber mit dem Bemerkten
eingeladen werden, daß hier unbekannte Pachtliebhaber Vermögens- und
Prädikats-Zeugnisse vorzulegen haben.

Den 4. Februar 1887.

Schultheißenamt.
P f a h l e r.

Winnenden.

Unterzeichneter empfiehlt sich einem hiesigen und auswärtigen
Publikum in seinem Lager von



Grabsteinen,

aus weißen und roten Schwarz-
wälder Sandsteinen,
Marmorplatten, Marmorkreuzen
und Grab-Einfassungen.

Es werden auch ältere Gräber
sehr billig reparirt.

samt Grabsteinen sehr billig reparirt.
Grabschein-Geschäft
von Ad. Haag.

Winnenden.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem so
schnellen Hinscheiden unserer lieben Mutter

Friedericke Schüle,

Geometers Wittwe,

für die zahlreiche Begleitung auf ihrem letzten irdischen Gang, sowie
den Herrn Sängern des Kirchenchors sagen den innigsten Dank
die trauernden Kinder.

Faulinenpflege Winnenden.

Aus der in unserer Verwaltung stehenden **Reeff'schen Stiftung für arme Landbaulehrlinge** werden wieder Lehrgelder verwilligt und Lehrstellen vermittelt.

Bewerbungen von Knaben, welche die Landwirtschaft erlernen wollen, sowie von Landwirten, welche solche Knaben aufzunehmen geneigt sind, sind mit Zeugnissen vom gemeinschaftlichen Amt versehen bis 1. März zu richten an **Inspektor Faulhaber.**

Winnenden.

Laut Beschluß vom 18. Januar werden von jetzt an die Versammlungen **Montags** abgehalten. **Heute Montag den 14. Februar** Abends 8 Uhr

Die Alten

bei **Bäcker W. Friedrich.** Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Aelteste.**

Winnenden.

Schöne Zwiebel

empfehlen **K. Gonser Wwe.** Winnenden.

25 Säcke

Spreuer

hat zu verkaufen **Schaad, Bäcker.**

Ein Logis

für eine einzelne Person hat bis **Georgii** zu vermieten. Wer? sagt die Redaktion.

Zur Anfertigung von Stimmzetteln

zur bevorstehenden Reichstagswahl empfiehlt sich unter Zusicherung der billigsten Preise die

E. Huss'sche Buchdruckerei Winnenden.

Winnenden.

Reines Schweineschmalz

empfehlen das Pfund zu 60 Pfg. **Krauß zur Sonne.**

Winnenden.

Junges gemästetes Kubfleisch

das Pfund zu 45 S empfiehlt **Mehger Vater.**

Winnenden.

Verloren! Zwischen hier und Badnang ist ein **wollener Teppich** verloren gegangen. Abzugeben gegen 3 Mark Belohnung bei **Bäcker Mehger.**

Ein ordentlicher

Bursche

als zweiter Knecht findet sogleich Stelle bei gutem Lohn.

G. Schwegler

zur **Ruhenmühle.**

Winnenden.

Ca. 50 Ctr. gut eingebrachtes

Heu & Stroh

verkauft

Krautter, Sattler.

Einen jungen, kräftigen

Menschen,

welcher das **Bäderhandwerk** zu erlernen wünscht, nimmt in die Lehre.

Wer? sagt die Redaktion.

Ein ordentliches, ehrliches

Mädchen,

im Alter von 16 bis 18 Jahren, welches Liebe zu Kindern hat und von der bürgerlichen Küche einige Erfahrung besitzt, wird sogleich oder bis **Georgii** gesucht.

Von wem? sagt die Redaktion.

Winnenden.

Im Auftrag wird bis **Georgii** ein

Mädchen

gesucht, das im Haus und **Ökonomie** Erfahrung hat.

Krauß zur Sonne.

Winnenden.

Unterzeichneter hat bis **Georgii** sein unteres

Logis

zu vermieten. **Jakob Semmler.**



Schuhfett Marke Büffelhaut, bewährtestes Lederconservierungsmittel, macht Stiefel wasserdicht, weich und dauerhaft beim Wachsen sofort wieder Glanz. Auch für Fuhrgeschirr etc. vorzüglich. Nur echt in Büchsen m. nebiger Schutzmarke, 1/2 & 20 S, 1/2 & 40 S, in den meisten Handlungen. En-gros bei **G. Haesler Stuttgart.**

Rolsberg, 20. Nov. 1885.

Ihr Thee ist doch wirklich gut. Nachdem ich 2 Jahre an großer **Athemnoth** gelitten und ich kein Mittel gehabt, welches mir Erleichterung gab, löst mir der Thee den Schleim und ich befinde mich bedeutend besser wie früher.

Schicken Sie mir etc.

G. Fr. Wilms.

Bell, 24. Januar 1886.

Mit sicherer Wahrheit haben Sie mich, geehrter Herr **Wolffsky**, mit Ihrem **Homeriana-Thee** wieder hergestellt von meinem Lungenleiden, wofür ich Ihnen meinen besten Dank erweisen muß.

J. G. Schlich.

Genannter Thee ist **allein** echt zu beziehen durch **Hrn. A. Wolffsky, Berlin N. Weisenburgerstr. 79**, welcher auch gern die bezügliche Brochüre gratis versendet.

Schuld- und Bürgscheine

empfehlen **G. Hüß, Buchdrucker**

Landesnachrichten.

Stuttgart. In den letzten Tagen passierten den hiesigen Bahnhof mächtige Ladungen von Holzböden, die bei Massenmilitärtransporten in die Gütermotoren gestellt werden.

Stuttgart, 10. Febr. Gestern mittag zwischen 11 und 12 Uhr ist Herr **Tierarzt Eberhardt** dadurch verunglückt, daß seine Pferde in der Bahnhofstraße an einem Straßenbahnwagen scheiterten und mit dem Gefährt seitwärts rannten, wodurch zuerst der Kutscher aus dem Gefährt geschleudert wurde und einen Arm brach. Es gelang Herrn **Eberhardt**, der die Zügel ergreifen wollte, nicht mehr, die Pferde zum Stehen zu bringen, sie rannten auf und davon, wobei Herr **Eberhardt** herausgeschleudert wurde und bei dem Sturz tödliche Verletzungen erhielt. Bewußtlos wurde er in eine benachbarte Wohnung verbracht, woselbst er nach einer Stunde den Geist aufgab. Die Teilnahme an diesem Unglück ist eine allgemeine. Herr **Eberhardt** war ein vortrefflicher Charakter, um seiner Gefälligkeit willen beliebt und um seiner Tüchtigkeit willen hochgeschätzt.

Heilbronn, 11. Febr. Der hiesigen Polizei ist es gestern mittag bei Revision einer Wirtschaft gelungen, eines wie es scheint ganz gefährlichen Diebes habhaft zu werden, in dessen Besitz die üblichen Einbrecher-Werkzeuge: Hauptschlüssel und Feile, Schlüsselschloß in Wachs und das nötige Feuerzeug, ebenso ein Apparat zur Anfertigung falscher Zeugnisse vorgefunden wurden. Derselbe wird von Mannheim aus wegen Teilnahme an einem Einbruchsdiebstahl verfolgt.

Haberschlacht, 10. Febr. Gestern machte ein hiesiger Weingärtner die Entdeckung, daß in einem auf hiesiger Markung belegenen Weinberg des Herrn **Schultheißens** Rüder in Stetten eine Menge Weinstöcke abgehauen und vernichtet worden sind. Der an Ort und Stelle vorgenommene Augenschein ergab, daß ca. 325 Stöcke teils ganz abgehauen und abgerissen, teils einige Schenkel derselben beschädigt worden sind und daß das freche Dubsstück schon vor dem Schneefall, also im Dezember v. J. ausgeführt worden sein müsse. Der Thät liegt jedenfalls Rache zu Grunde, da der angerichtete Schaden mindestens 500 Mark beträgt. Hoffentlich gelingt es, den Frevler,

welchem man auf der Spur ist, der gerechten Strafe entgegenzuführen.

Beilstein, 8. Febr. Am letzten Donnerstag begegnete auf dem Fußwege von **Prevorst** nach **Raisersbach** der 18 Jahre alte Dienstmagd **Karoline Schäfer** von **Willsenbach** ein ihr unbekannter Handwerksbursche. Derselbe forderte ihr das Geld ab oder „er mache sie hin.“ Da sie aber kein Geld bei sich trug, sondern nur ein Stück Kuchen, so gab sie diesen her. Der Handwerksbursche war damit zufrieden, nachdem er sich zuvor überzeugt hatte, daß das Mädchen wirklich kein Geld bei sich führte. Nach dem Thäter wird gefahndet. Solchen Stromern sollte aber neben ihrer Freiheitsstrafe, die sie in der Regel gar nicht anschlagen, noch eine tüchtige Tracht Prügel gegeben werden können.

Murrhardt, 10. Febr. Heute vormittag wurde der 44 Jahre alte **Christof Zügel**, Tagelöhner hier tot nach Hause gebracht. Derselbe war mit andern Arbeitern im städtischen **Walde** Flehacker damit beschäftigt, das vom Schnee niedergedrückte Holz aufzuräumen. Beim Fällen einer stärkeren Stange wurde derselbe von letzterer so unglücklich auf den Kopf getroffen, daß er sofort den Geist aufgab. Die Teilnahme an dem jähen Unglücksfall ist eine allgemeine, da der Verunglückte als braver und fleißiger Mann bekannt war.

Gestorbene: **Eberhardt, Wilhelm, Stuttgart;** **Mildenberger, G., Stuttgart;** **Nill, Luise, Stuttgart;** **Lauer, Marie, Stuttgart;** **Hailer, Ernst, Tübingen-Ada (Afrika);** **Schüle, Friederike, Winnenden.**

Tagesberichte.

Berlin, 10. Febr. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung auf Antrag der hessischen Regierung den kleinen Belagerungszustand über **Offenbach** und Umgegend verhängt. Die Maßregel ist erfolgt im Anschluß an die Vorgänge in **Frankfurt.**

Der sechste Kongress für innere Medizin findet vom 13. bis 16. April d. J. zu **Wiesbaden** statt. Das Präsidium desselben übernimmt Herr **Leppien (Berlin).**

Heidelberg, 10. Febr. Gestern abend wurden einem hiesigen Kaufmann aus seiner Kasse mittels Nachschlüssels etwa 3000 M meist in Gold gestohlen.

Nach den Dieben, deren es drei waren, wird eifrig gefahndet.

Aus der Schweiz. In dieser Zeit der Kriegsgerüchte mag folgende etwas militärisch angehauchte Anekdote erzählt werden: Ein wehrpflichtiger **Ostschweizer** wollte auf einen allfällig plötzlich eintreffenden Marschbefehl hin seine Ausrüstung nachsehen und gemäß der neulichen strengen Bekanntmachung in guten Stand setzen. Alles fand sich richtig vor bis auf die **Patrontasche**. Trotz allen verzweifelten Suchens war keine Spur von dem unentbehrlichen Ausrüstungsgegenstand zu entdecken und dem Mund des ordnungsliebenden Wehrmannes entfuhr manch vaterländisches Kraftwort. Schließlich stellte sich durch Verrat eines 5jährigen Mädchens heraus, daß die Frau Gemahlin unseres Füßlerz die **Patrontasche** als — **Tournüre** schon seit längerer Zeit in Gebrauch hatte.

Eingesendet.

Abstimmungen der freisinnigen Partei.

In nationalliberalen Blättern wird ein Verzeichnis von 21 Abstimmungen der Fortschrittspartei und der freisinnigen Partei aus den 20 Jahren 1867—1887 verbreitet, um darzutun, daß die Fortschrittspartei und die freisinnige Partei „alles auf das erbitterteste und schärfste bekämpft“ haben, was Deutschland „groß, reich und einig“ gemacht habe. Warum hat es sich aber in Wahrheit bei diesen Abstimmungen gehandelt?

1. Die Fortschrittspartei und die freisinnige Partei haben viermal gegen das Sozialistengesetz und dessen Verlängerung gestimmt (19. Oktober 1878, 4. Mai 1880, 10. Mai 1884, 2. April 1886). Das Sozialistengesetz hat Deutschland weder groß, noch reich, noch einig gemacht. Im Gegenteil hat sich die Voraussage der Fortschrittspartei bewahrheitet, daß die polizeilichen Maßregelungen unter dem Sozialistengesetz nur dazu beitragen werden, die Sozialdemokratie größer und einiger zu machen.

2. Die Fortschrittspartei hat am 21. Januar 1882 gegen den **Hamburger Zollanschluß** gestimmt. Der **Hamburger Zollanschluß** macht Deutschland nicht reicher, sondern kostet umgekehrt mehr als 100 Millionen; während der Nutzen des **Zollanschlusses** zweifelhaft ist, wird unzweifelhaft dadurch

die Stellung Hamburgs als Vermittlerin internationaler Handelsbeziehungen erschwert.

3. Die freisinnige Partei hat am 16. März 1885 gegen die australische und afrikanische Linie bei der Postdampfersubvention gestimmt. Auch durch diese Dampfersubvention ist das deutsche Vaterland nicht reicher geworden. Auf die afrikanische Linie hat nachher die Regierung selbst als auf eine ganz zwecklose Linie verzichtet. Die australische Linie aber kostet jährlich 2 1/2 Millionen Mark und dient wesentlich nur dazu, den Engländern die Auswanderung nach Australien zu verwohlfeilern.

4. Die freisinnige Partei hat am 15. Dezember 1884 und am 4. März 1885 gegen den dritten Direktor im Auswärtigen Amt gestimmt, weil sie die Entscheidung über die Notwendigkeit dieser neuen Stelle bis zur nächsten Staatsberatung vertagt wissen wollte, um vorher weitere Erfahrungen durch provisorische und kommissarische Einrichtung einer dritten Abteilung zu erlangen. Auch dieser dritte Direktor war in dem betreffenden Staatsjahr nicht in der Lage, Deutschland „groß, reich und einig“ zu machen, weil die betreffende Stelle trotz der erfolgten Bewilligung in dem betreffenden Jahr gar nicht besetzt worden ist.

5. Die freisinnige Partei hat am 15. Februar 1883 gegen die Unteroffizierschule in Neubreisach gestimmt. Auch diese Unteroffizierschule würde Deutschland nicht größer, reicher und einiger gemacht haben, sondern nur jährlich einige hunderttausend Mark Zuschuß erfordert haben. Die freisinnige Partei stimmte gegen diese Unteroffizierschule aus prinzipiellen Gründen. Die freisinnige Partei ist der Meinung, daß man Kinder in dem Alter von 13 oder 14 Jahren nicht zwangsweise für den militärischen Beruf bestimmen soll. Auch befördert es die Einseitigkeit, wenn die für den Militärberuf bestimmten Kinder schon im jugendlichen Alter von den Eltern getrennt und in kastenmäßiger Abschließung von anderen Kindern erzogen werden.

6. Die Fortschrittspartei hat am 11. März 1878 gegen das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers gestimmt, weil dieses Gesetz den Schein einer größeren Verantwortlichkeit bewirkt, in Wahrheit aber die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers noch weiter vermindert hat.

7. Die Fortschrittspartei hat mit vielen Nationalliberalen am 25. Mai 1870 gegen das Reichsstrafgesetzbuch gestimmt, weil dieses Reichsstrafgesetzbuch die Todesstrafe enthielt und dieselbe auch in solchen deutschen Staaten wieder einführt, in welchen sie, wie in Sachsen und Oldenburg, längst abgeschafft war. Die Fortschrittspartei war nicht der Ansicht, daß die Todesstrafe geeignet sei, Deutschland „groß, reich und einig“ zu machen.

8. Die Fortschrittspartei hat am 31. Mai 1883 gegen das Krankenversicherungsgesetz gestimmt, weil sie die Einführung des Krankenversicherungszwanges von der ortstatutarischen Beschlußfassung der einzelnen Gemeinden abhängig gemacht sehen wollte, damit nicht durch allgemeine schablonenmäßige Einführung des Versicherungszwanges die Entwicklung des freien Kassenwesens geschädigt werde.

9. Die freisinnige Partei hat am 27. Juni 1884 gegen das Unfallversicherungsgesetz gestimmt, weil dasselbe bürokratisch organisierten Berufsgenossenschaften ein Monopol für die Unfallversicherung der Arbeiter gewährt und durch den Ausschluß der Konkurrenz aller privaten Vereinigungen für die Unfallversicherung die Verhütung der Unfälle erschwert, die Kosten erhöht und die Unabhängigkeit der Interessenten von der Versicherungsanstalt vermindert wird. ^{u 40}

10. Die freisinnige Partei hat am 16. Januar 1886 die in den östlichen Provinzen vorgenommenen Massenausweisungen gemißbilligt und zwar, wie es in der desfallsigen Resolution heißt, weil diese Ausweisungen nach ihrem Umfang und ihrer Art durch das nationale Interesse nicht gerechtfertigt sind, humane Rücksichten außer Acht lassen und materielle Interessen von Reichsangehörigen beeinträchtigen. Auch diese Ausweisungen haben Deutschland nicht größer, nicht reicher und nicht einiger gemacht, sondern die Bevölkerungszahl vermindert, die Erwerbsverhältnisse geschädigt und den Gegensatz zwischen Polen und Deutschland geschärft.

11. Die Fortschrittspartei hat am 6. November 1871 gegen die Bildung eines Reichskriegsschatzes von 120 Millionen Mark in Baar gestimmt. Die Fortschrittspartei war der Meinung, daß die

Bildung dieses Kriegsschatzes Deutschland nicht reicher, sondern ärmer mache. Seitdem dieser Kriegsschatz von 120 Millionen Mark im Juliusturm liegt, sind ungefähr 180 Millionen Mark an Zins und Zinseszinsen für das Reich verloren gegangen. Im Kriegsfall aber würden die erforderlichen Mittel auch auf andere Weise beschafft werden können.

12. Die Fortschrittspartei hat wiederholt gegen das Septennat gestimmt, am 20. April 1874, am 16. April 1880, am 14. Januar 1887, nicht weil sie die Kriegsstärke vermindern wollte, sondern weil sie die dreijährige Dienstzeit für zu lang erachtete und eine Verkürzung der Dienstzeit bis auf zwei Jahre für die Fußtruppen erstrebte.

13. Die Fortschrittspartei hat am 9. Dezember 1871 gegen den Vertrag mit Bayern gestimmt, weil sie gerade im Interesse der deutschen Einheit den Anschluß Bayerns ohne die demselben vorbehaltenen Reservatrechte erstrebte.

14. Was endlich die Abstimmung der Fortschrittspartei am 16. April 1867 gegen den Verfassungsentwurf für den Norddeutschen Bund anbelangt, so verlangte die Fortschrittspartei, daß in der neuen Bundesverfassung diejenigen Rechte, welche dem Volke in den Einzelstaaten bereits gewährt waren, erhalten bleiben sollten. Der Verfassungsentwurf aber beschränkte die Rechte der Volksvertretung, u. a. in Bezug auf den Militär-etat, die Ministerverantwortlichkeit und den Bezug von Diäten. Die Fortschrittspartei wollte durch ihr verneinendes Votum darauf hinwirken, daß der Verfassungsentwurf in dieser Richtung ergänzt werde. Später hat Fürst Bismarck im preussischen Abgeordnetenhaus selbst zugestanden, daß, wenn es nötig gewesen wäre, er dem Norddeutschen Reichstage bei der Beratung der Bundesverfassung weitergehende Zugeständnisse in Bezug auf die Erhaltung bestehender Volksrechte gemacht haben würde.

Gingeseudet.

* Man merkt es gut, daß die Herren das Darsprechen nicht ertragen können, aber mit dieser Sonntags-Predigt im letzten Blatt wird der Herr nicht viel Gläubige erwecken.

Wenn sich die Wähler einige Jahre zurückdenken wollen, so wird ihnen in's Gedächtnis kommen, daß dieselben Herren nationalliberaler und konservativer Richtung dem Volke in allen Tonarten vorgezungen haben, mit dem Ertrage der einzuführenden Frucht und anderer Zölle wird der Grund und Boden entlastet, die Communal- und Schullasten der Gemeinden erleichtert werden; nun, was ist denn wahr davon geworden, wo sind die Millionen geblieben?

Wie wir damals voraussetzten, so ist es gekommen, je mehr indirekte Steuern bewilligt werden, desto mehr steigen die Ausgaben und das jährliche Defizit, anstatt Erleichterung findet der Landmann und Handwerker nur vermehrte Steuern und Militärlasten.

Freilich zeigt sich in manchen Gemeinden die Gemeindesteuer höher als die Staatssteuer, aber wenn zu letzterer die indirekte Steuern, welche nicht im Steuerbüchle stehen, wie Salz-, Wein-, Bier-, Schnaps-, Caffe-, Zucker-, Frucht-, Gewürz-, Tabak-Steuer u. s. w. hinzugerechnet wird, so wird man zu einem Betrag kommen, welcher die Gemeindesteuer noch um das Fache übersteigt.

Der Einsender fordert mich auf, in dieser Frage thätig einzugreifen, ist aber dabei so eingebildet, daß er glaubt, mir alles Verständnis hierfür absprechen zu dürfen; es wird nun wohl auch erlaubt sein, zu fragen, wo und wann der Einsender seine große Kunst an den Tag gelegt hat, im letzten Artikel gewiß nicht, und was hat denn ihr nationalliberaler Candidat Herr Landrichter Beiel im Reichstag so Hervorragendes darin geleistet? ich habe weder etwas gelesen noch gehört von ihm.

Neuerliche Sparsamkeit im Reiche, im Staate und in der Gemeinde ist doch das einzig Richtige, was hier Abhilfe schaffen kann, das Verweisen der Wähler auf die Colonien und auf die Ausfuhr in überseeische Länder gleicht ja doch nur den Spazieren auf dem Dache.

Um was drehte sich denn bei der Reichstags-Auflösung gerade der Streit, als darum, daß die freisinnigen Parteien es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, in gegenwärtigen schlechten Zeiten die Ausgaben für eine Erhöhung der Militärlasten um jährliche 23 Millionen nur so ohne Weiteres zu genehmigen und weil sie suchten, diese Mehrforderung durch Abkürzung der Präsenzzeit auszugleichen.

Das Tabak- und Schnapsmonopol war doch schon einmal als Gesetz-Entwurf von der deutschen Regierung in friedlichen Zeiten eingebracht und wenn man

an der Regierungs-Forderung nichts ersparen darf, so müssen doch die Kosten hierfür durch weitere neue Steuern aufgebracht werden, wenn dann meinerseits auf die Erneuerung der Monopol-Aussichten hingewiesen wird, so sind das Schlagwörter, Nörgelei, Verneinung und hört! hört! Verdrehung der Wahrheit! Ja, da hört wahrhaftig alle Wahrhaftigkeit auf.

An der Bismarckspende habe ich nur das nicht schön gefunden, daß man die Leute glauben gemacht hat, das Geld werde zu einem nationalen Zweck gesammelt, ich selbst bin freilich nicht unter den Gestäubten. Die Herren sind eben sehr groß in Redensarten und freuen sich über ihre Gewandtheit, stets mit dem großen Haufen schwimmen zu können, das ist aber eben das Bezeichnende für diese ihre Partei.

Ich habe mir meine Partei freiwillig gewählt, werde ihr auch treu bleiben und mein Leben lang suchen, ihre gerechten Grundzüge zu verwirklichen; überzeugt, daß in nicht allzuferner Zeit dieselben zur Geltung kommen werden, werde ich den Herren dann gerne die Hand reichen, denn ich bin gewiß, sie her nach alle auf der anderen Seite zu finden.

Ob groß oder klein, kümmert mich nicht, würde dem Wähler wirklich freie Wahl gelassen, würden die Beamten nicht den ihnen durch ihre amtliche Stellung zu Gebot stehenden Einfluß zu Partei-Zwecken mißbrauchen, würde überhaupt nicht der gesammte Regierungs-Apparat den ungehörigen Druck auf die Wähler ausüben, so würden wenige dieser offiziellen Beamten-Candidaturen ihren Platz im Reichstag behaupten können.

Die Conservativen sinnen nicht auf neue Lasten, sagen sie, aber sie stimmen im Reichstag für jede Mehrbelastung des Volkes und suchen die Bemühungen der Freisinnigen, durch Sparsamkeit den Staatshaushalt ohne neue Steuern im Gleichgewicht zu erhalten, durch Entrüstungs-Adressen und derartigen Schwindel zu vereiteln.

Ein Volksparteiler.

Gingeseudet.

Falsche Berechnungen.

* Die Regierungsparteien werden nicht müde zu versichern, daß die dreijährige Bewilligung der erhöhten Friedenspräsenzstärke im Falle einer dritten Beratung von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt worden wäre. Neuerdings haben auch noch nationalliberale Blätter geglaubt, dies ziffermäßig beweisen zu müssen. Dieser Beweis ist vollständig mißlungen. Zunächst ist es un wahr, daß Herr Langwerth von Simmern im Namen der Welfen erklärt hat, daß dieselben bei der dritten Beratung mit nein stimmen würden. Herr Langwerth von Simmern hat nach dem stenographischen Bericht eine solche Erklärung nur in seinem Namen und im Namen seines Freundes von Estorff abgegeben. Beide Herren gehören bekanntlich nicht zu der Landmannschaft der Welfen, sondern sind „wild“. Außerdem haben die Polen keine Erklärung dahin abgegeben, daß sie in der dritten Beratung mit nein stimmen würden. Der Abgeordnete Magdzinski erklärte vielmehr ausdrücklich: „Unser definitives Votum bleibt natürlich vorbehalten.“ Die Elsäßer, welche sich der Abstimmung enthielten, haben gar keine Erklärung abgegeben. Die nationalliberalen Blätter stellen in ihre Rechnung sogar die inhabitirten sechs Sozialdemokraten ein, von denen sie annehmen, daß dieselben bei der dritten Beratung erschienen sein würden und mit nein gestimmt hätten. — In der dritten Beratung würde die dreijährige Bewilligung mit einer zwar geringeren aber immerhin vollkommen ausreichenden Mehrheit angenommen worden sein.

Gingeseudet.

* Als unumstößliche Thatsache bleibt bestehen, so schreibt die „Weser-Zeitung“, daß die Regierung des Fürsten Bismarck sich an einen fremden Souverän gewandt hat, um unter Anerkennung seiner Gewalt über ein Viertel des deutschen Reichstags eine veränderte Haltung desselben zu erwirken. Um der Zeitdauer eines einzelnen Gesetzes willen sanktioniert die Regierung diesen päpstlichen Einfluß auf deutsche Volksvertreter, indem sie ihn selber anruft. . . . Die petitio principii, daß deutsche Abgeordnete sich nur von ihrem eigenen Gewissen bei der Entscheidung über Deutschlands Wohl leiten lassen sollen, daß sie keine außerdeutsche Instanz anerkennen, keinem fremden Souverän Gehorsam leisten sollen, kann die Regierung fortan nicht mehr erheben. Man würde ihr erwidern — und mit Recht — daß sie selbst es gewesen, die den Papst angerufen, seine Macht über deutsche Abgeordnete also als legal anerkannt habe.

**Gingefendet.
Eine zeitgemäße Fabel.**

In Krähwinkel war schon lange vom Gemeinderat die Notwendigkeit einer neuen Wasserleitung erkannt. Die alte hatte früher, ehe es Fabriken und größere Brauereien gab, kaum gereicht, jetzt war sie noch dazu altersschwach und gab nicht mehr genug Wasser. Als es im nahen Neubronn fünfmal nacheinander gebrannt hatte, ging man in Krähwinkel ernstlich an die neue Wasserleitung. Der Gemeinderat Markwart, der selbst ein Wasserwerk besaß, hatte einen auch von den Technikern gebilligten Plan ausgearbeitet, und bereits stand fest, daß man ihm auch als einem Sachverständigen die Ausführung anvertrauen werde. Als nun die Sache zur endgültigen Verhandlung vor den Bürgerausschuß kam, trat der dicke Bierbrauer Murrle auf, welcher der große Schreier in Krähwinkel war und überall den Winkeladvokaten machte, alles am besten wußte und im ganzen Krähwinkel mit seinem Bier die Köpfe verrückte. Der Plan von Markwart sei keinen Pfennig wert, sei zu kostspielig, ruiniere den Ort, es sei überhaupt nichts, wenn ein Gemeinderat die Sache in die Hand nehme, da gehöre einer vom Bürgerausschuß hin, der passe besser auf. Rasch besonnen schlug Markwart vor, die Ausführung dem Herrn Murrle als Sachverständigen zu übertragen, er möge nur einen billigeren Plan machen. Murrle fuhr auf diesen Vorschlag los, wie die Gans auf den Apfelbuzen. Jetzt konnte er einmal zeigen, was er konnte, die Würde eines Gemeinderats konnte ihm nicht entgehen. Bald war der neue Plan fertig, Herr Murrle hatte sich noch nicht ganz getraut, sondern ihn in der Stille bei einem Techniker in der Stadt bestellt, gab ihn aber, da er ihn aus seiner Tasche bezahlte für sein Werk aus. Jetzt ging's flugs an die Ausführung des Planes, aber weil der Techniker den neuen Plan ohne Augenschein und Ortskenntnis gemacht, und Herr Murrle bei der Herstellung der Arbeiten eben nichts vom Bauwesen verstand, so haperte es schon, als man das neue Wasserwerk unter großem Pomp einweihte. Herr Murrle gab aber ein Volksfest für Krähwinkel, und so schwiegen die Krähwinkler, wenn auch der Schultzeiß und die verständigen Leute, wie Markwart, den Kopf schüttelten. Und das Unglück schreitet schnell. Ein von Murrle's Bier erleuchteter Bursche kam in der Nacht einem Strohhäufen bei Murrle's Scheuer zu nahe mit seiner Zigarre. Bald stand Murrle's Anwesen in Brand und nach allen Seiten flogen die glühenden Gerstenkörner und die glimmenden Halme. Jetzt konnte sich Murrle's Werk bewähren. Aber kaum waren die Feuersprizen von Krähwinkel aufgefahren, da versagte die neue Wasserleitung. Die Gewinde schlossen nicht an und bald hatte auch das Wasser ein Ende. Murrle selbst hatte schon gleich anfangs den Kopf verloren, bald ließen sich drohende Stimmen selbst aus der Mitte seiner bisherigen Anhänger hören. Murrle zog es vor, sich zurückzuziehen. Unsäglich war das Elend in Krähwinkel, das größtenteils in Asche lag. Aber kaum waren die ersten Häuser wieder gebaut, da beschloß der Gemeinderat einstimmig, mit dem Bürgerausschuß, Markwart die Wasserleitung nach seinem Plane ausführen zu lassen, und sie hat sich in den Zeiten der ärgsten Wassernot und des Brandes bewährt. Herr Murrle aber, beladen mit dem Haß und Fluch der Krähwinkler, zog erst ins Bettelhaus, und endlich griff er zum Strid. Denn jetzt war ihm seine Verantwortung und sein sträflicher Leichtsinns klar geworden, seine Schuld drückte ihm das Herz ab.

Leser, kennst du Krähwinkel mit seiner Wasserleitung, kennst du den Markwart Deutschlands und seine Herren Murrle? Kennst du die Feuersbrunst, um die es sich handelt?

Gingefendet.

Was der Unverstand sagt.

Die Hohenloher Zeitung vom Mittwoch den 26. Januar schreibt folgendes:

Der Unverstand sagt: Soldaten haben wir genug. Ein neuer Reichstag soll nur gewählt werden, weil man das allgemeine Wahlrecht abschaffen und neue Steuern erfinden will. Mit den Franzosen ist's auch nicht so gefährlich, sie bauen keine Kriegslager an der Grenze, Balken und Bretter werden sie führen dürfen so gut als die Ulmer und Heilbronner. Aber denen in Preußen wollen wir „Württembergern“ es sagen.

Warum's so gar unverständlich ist was der Unverstand sagt:

1. „Wir haben genug Soldaten.“
Moltke, der Kriegsminister, Bismarck fordern im Namen des Kaisers von ganz Deutschland 41 000 Mann mehr als bisher. — Unverstand meinst du denn, sie wollen mit Soldaten spielen wie die Kinder mit Bleisoldaten und immer nur noch eine Schachtel voll haben? Der Kaiser fordert mehr Soldaten, weil die Franzosen jetzt schon viel mehr haben als wir.

2. Man will das allgemeine Wahlrecht abschaffen.“
Unverstand, das will niemand, das wird dir nur von solchen vorgelesen, welche um jeden Preis gegen die Regierung sind; aber wenn's nach ihnen geht, so werden wir schlecht gerüstet sein, und haben einmal die Franzosen das deutsche Reich zusammengeschlagen, so braucht man überhaupt nicht mehr zu wählen.

3. „Man will neue Steuern erfinden.“
Der Kaiser spricht nur vom Heer und kein Wort von anderem. Unverstand nimms nicht übel, des Kaisers Wort gilt mehr als beines.

4. Die Franzosen sind nicht so gefährlich.“
O Unverstand, hör auf! Du willst nicht glauben, daß es brennt, bis dir die Hitze dein Bischen Verstand im Kopf vollends zusammenschmort hat.

5. „Denen in Preußen wollen wir es sagen.“
Der Kaiser, Moltke, Bismarck sind auch Preußen. An denen willst du den Meister machen, indem du alles ablehnst. Hör einmal: Wenn die Franzosen aus Frankreich brechen, so kommen sie zuerst nach Baden und Württemberg und schlagen wenn sie können, alles krumm und klein, bei dir so gut als bei mir. Merkst du, daß dein „denen wollen wir es sagen“ ein Unsin ist. Du willst den Preußen nicht mithelfen, daß wir recht gerüstet sind, dafür wird dir dein dickes Fell zuerst über die Ohren gezogen. Vielleicht willst du damit die Preußen ärgern und dich krank lachen? Aber warum redest du den Franzosen gegenüber von Preußen, Württemberg u. s. w.? Gottlob! wir gehören alle zusammen als Deutsche, und — wir Württemberger, die wir so nahe an den Franzosen liegen, wollen uns freuen, daß die andern Deutschen uns als ihre Brüder achten.

Wer am meisten Unrecht hat?

Der Unverstand hat Unrecht, doch er versteht's nicht besser. Am meisten Unrecht haben die Hezer, die den Verstand hätten, aber dem Unverstand ihre Lügen vorlegen. Unverstand, glaub dem nicht. Wir's gefährlich, so nehmen sie wie anno 1870 ihre Staatspapiere unter den Arm und ihre Goldvögel in den Sack und gehen nach Zürich oder wo's sonst sicher ist. Du kannst nicht fortgehen und mußt's ausbaden.

Wann der Unverstand zu Verstand kommt.

Wann er solche wählt, die sagen: Zuerst das Haus gerettet dann von anderem geredet. Also wähle solche, die für die Regierungsvorlage und für die zur Rüstung notwendigen 7 Jahre sind. Fehlt's am Militär — dann Gutnacht!

Gingefendet.

Der Verfasser des Gingefendet, „Schonung für die kleinen Leute“ in No. 19 des „Volks- und Anzeigebblatt“, wendet sich in seinem Artikel an eine Adresse, welche jedesmal wenn Wahlen herankommen hervorgesucht wird und unter Umständen tüchtig ausgenützt zu werden pflegt. Es ist die Adresse an die „kleinen Leute“, wie er sie diesmal zu nennen beliebt. Was er unter den kleinen Leuten versteht, ist nicht recht klar, vielleicht soll es die Bevölkerung sein, die außer ihm auch noch zu existieren sich erlaubt, denn sich rechuet er sicherlich nicht dazu. Wir nehmen an, es seien die weniger gutsituirten, d. h. die ärmeren Bewohner des Bezirks gemeint und um diese bekümmert man sich allerdings viel bei den Wahlen, wenn sie auch nachher wieder vergessen sind als die „kleinen“ oder armen Leute.

Bekanntlich sind alle, Reiche wie Arme oder kleine und große Leute, wie der Verfasser sagen würde, zum Militärdienst verpflichtet und es tragen alle gemeinsam die Last, wenn es überhaupt eine solche sein soll. Es gibt aber Tausende, denen es eine Ehre ist, tauglich zum Militärdienst zu

sein und die kleinen wie die großen Leute sehr mit Stolz ihre Söhne in der Uniform. Ist diese Uniform doch das äußere Zeichen der Gesundheit und der Brauchbarkeit für den schönsten Dienst den es giebt, den Dienst für das Vaterland. Wenn man von all den guten Errungenschaften, die diese Söhne vom Militär nach Hause bringen, nicht weiter sprechen will, eines muß hervorgehoben werden und zwar, daß sie gehorchen lernen und dadurch später in die Lage gesetzt sind, einst auch befehlen zu können. Sie lernen auch, daß eine Autorität bestehen muß und daß das Wohlergehen des Staats auf Erhaltung und Achtung dieser Autorität beruht. Sie wissen ferner, daß diese Autorität kein Windthorst, kein Richter, kein Mayer, kein Payer sein kann. Durch alle diese beim Militärdienst erworbenen Eigenschaften werden sie die ächten und wahren Stützen des staatlichen Gemeinwesens, gute Staatsbürger, welchen es daran gelegen ist, daß nicht an Stelle der ruhigen, stetigen Entwicklung des Staates, Ausblühen von Gewerbe und Handel, sowie des Wohlstandes, eine Zügellosigkeit, Auflehnen gegen bestehende Ordnung und Gesetze Platz greift. Es wird auch nicht zum geringsten Teile diesen militärisch gebildeten Staatsbürgern zu verdanken sein, wenn im künftigen Reichstage eine Opposition hinweggefegt ist, mit der die Regierung absolut nicht mehr fortarbeiten konnte. Darum wurde auch der Reichstag aufgelöst, weil der Bestand des deutschen Reichs durch diese Opposition auf dem Spiel stand und nicht wegen des Verlangens der Schonung der kleinen Leute von Seite der Volkspartei.

Aus Vorstehendem läßt sich noch manches folgern, namentlich beleuchtet es auch die Lust der Volkspartei zu rütteln an dem Organismus der deutschen Armee.

Die Ausführungen des Verfassers über Dienstzeit und über Präsenzzeit in der Armee sind wertlos, denn hierüber bestimmt der Kaiser als oberster Kriegsherr und keine Oppositionspartei des Reichstags. Ueber Militärangelegenheiten im Allgemeinen haben bewährte Fachmänner das Nötige gesagt und diese werden die Sache doch besser verstehen als alle die Civilstrategen, welche gegenwärtig an allen Ecken und Enden austauschen. Auch dem Verfasser des Artikels wird genaue Kenntnis in Militärangelegenheiten vollständig abgesprochen werden müssen und deshalb soll man über etwas, das man nicht versteht, lieber schweigen.

Ueber wirklichen Druck und wirkliche Nachteile, welche „kleine Leute“ ihrer Lebensstellung verdanken, wird im Interesse der Gerechtigkeit und im Sinne des Wahlspruchs freisinniger Parteien „Gleiches Recht für Alle“ in einem anderen Artikel eingehend gesprochen und nachgewiesen werden, daß nicht die Militärlast es ist unter der die „kleinen Leute“ seufzen.

Handel und Verkehr.

Winnenden, 10. Februar. Der gestern hier abgehaltene Krämer- und Viehmarkt war — wohl infolge der kalten Witterung — nur mittelmäßig besucht und beklagten sich Krämer und Wirte gleichmäßig über schlechte Geschäfte. Dem Viehmarkt waren zugeführt: 730 Ochsen, 401 Stiere, 325 Kühe und 187 Stk. Schmalvieh; zusammen 1643 Stüd; gehandelt wurde nicht sehr lebhaft, nur Fettvieh war gesucht. 1 Paar Ochsen im Gewicht von 34 Zentner kostete 55 Karolin 5 M., ein solches mit 36 Zentner 1120 M. Milchschweine (zugeführt 240 Paar) kosteten 18—26 M., Läufer (70 Stüd) 24—36 Mark.

Frankfurter Goldkurs

vom 11. Febr. 1887. Rmk. Pfg.

Dukaten	9 55—59
20-Frankenstücke	16 9—12
Englische Sovereigns	20 34—39
Russische Imperiales	16 64—69
Dollar in Gold	4 16—19